

Guido Westerwelle fordert:

- keine Totalüberwachung
- keine staatliche Willkür und Unterdrückung
- Stärkung und Verteidigung von Bürgerrechten

Quelle: Parteiprogramm der FDP

http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php?wc_c=1412&wc_id=104

... und Guido Westerwelle handelt:

- Einschränkung der Versammlungsfreiheit (BaWü, 2008)
- Einführung von Online-Durchsuchungen (NRW, 2008)
- Einführung von Kfz-Massenabgleich (Hessen, 2008)
- Verstärkte Internetüberwachung (Sachsen, 2009)

Quelle: Politisches Allgemeinwissen, www.google.de

FDP = Bürgerrechts-Partei?

Dies ist ein Infoblatt der Piratenpartei

Klarmachen zum Ändern!



FDP beschneidet Bürgerrechte erneut

Piratenpartei lehnt geplanten „Sachsen-Trojaner“ entschieden ab

23.09.2009 – Wie am Montag bekannt wurde, hat die FDP im Rahmen der Koalitionsgespräche mit der CDU in Sachsen einer verstärkten Überwachung der Internet-Telefonie zugestimmt. Laut einem Bericht von heise.de verspricht die schwarz-gelbe sächsische Regierung, "bestehende Eingriffsmöglichkeiten bei der Telefonüberwachung auch auf Internet-Telefonie" auszudehnen. Die dazu eingesetzte Technik ist nach Angaben von heise.de vergleichbar mit der für heimliche Online-Durchsuchungen, auch wenn bei der sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung („Quellen-TKÜ“) offiziell nur auf die laufende Kommunikation – nicht auf Festplatteninhalte – zugegriffen werden darf.

Die Piratenpartei verurteilt diese Forderung scharf. „In ihrem Parteiprogramm behauptet die FDP, sich dafür einzusetzen, dass der Staat von den ihm zur Verfügung stehenden Eingriffs- und Überwachungsbefugnissen 'nur in engen Grenzen Gebrauch machen' darf“, erklärt Mirco da Silva, Vorsitzender der Piratenpartei in Sachsen. "Die Diskrepanz zwischen den schriftlichen Wahlversprechen der FDP und ihrem tatsächlichem Handeln, kaum dass die Stimmen der Wähler alle ausgezählt sind, ist zwar mittlerweile ein Markenzeichen der FDP. In dieser maßlosen Arroganz und Unverfrorenheit gegenüber dem Wähler spottet es aber jeder Beschreibung."

Auch der hessische Spitzenkandidat der Piratenpartei Thorsten Wirth kritisiert die Pläne der sächsischen Regierung: „Schon die bestehenden Überwachungsgesetze, an deren Errichtung die FDP in vielen Fällen mitgewirkt hat, stellen die Bürger in unserem Land ungerechtfertigt unter Generalverdacht. Es ist gut, dass Maßnahmen wie der Große Lauschangriff mittlerweile auch innerhalb der Partei, vor allem bei den Jungen Liberalen, inzwischen als Fehler erkannt und zugegeben worden sind. Doch die Parteispitze interessiert sich offenbar nicht ausreichend für die Wünsche ihrer eigenen Wähler.“

Die Piratenpartei setzt sich für den Schutz der Bürgerrechte ein und fordert ein Ende dieses Überwachungswahns.

„Vorratsdatenspeicherung, Netzsperrern, Abhörgesetze, Onlinedurchsuchungen, das jüngst wieder eingeführte Kfz-Scanning in Hessen und jetzt auch noch eine verstärkte Internetüberwachung.... Vom Recht der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung ist nicht mehr viel übrig geblieben“, sagt Uli König, Landesvorsitzender der Piratenpartei Schleswig-Holstein.

„Dass die CDU einmal mehr einer Maßnahme zur Beschneidung der Bürgerrechte zustimmt, überrascht die Piraten nicht mehr wirklich. „Spätestens seit den Äußerungen von Familienministerin von der Leyen und Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg zum Thema Netzsperrern und allen voran den Aktivitäten unseres Innenministers Wolfgang Schäuble sollte jedem Wähler klar sein, wie die Union zu diesem Thema steht“, meint Nicole Hornung, Mitglied des Bundesvorstands der Piratenpartei.

Angesichts des jüngsten Verstoßes der FDP gegen ihr eigenes Parteiprogramm warnt die Piratenpartei jedoch auch die liberalen Wähler davor, den Lippenbekenntnissen ihrer Parteiführung zu glauben und die FDP für die „wahre Bürgerrechts-Partei“ zu halten, als die sie sich selbst darzustellen versucht.

Thorsten Wirth bringt es auf den Punkt: „Wer Bürgerrechte wählen will, muss am 27.9. die Piraten wählen.“

Über die Piratenpartei Deutschland:

Die Piratenpartei Deutschland ist Teil einer internationalen Volksbewegung, die sich mit den entscheidenden Themen des 21. Jahrhunderts beschäftigt. Zu den wichtigsten Zielen der PIRATEN zählen das Recht auf Privatsphäre und der Schutz vor dem Überwachungsstaat, eine Modernisierung des Urheberrechtes, freies Wissen, freie Kultur und freie Kommunikation sowie ein Paradigmenwechsel vom gläsernen Bürger zum transparenten Staat. Dabei ist die Piratenpartei von A bis Z basisdemokratisch organisiert und setzt sich dafür ein, dieses Prinzip auch in den Parlamenten wieder zu stärken.

Bei der Europawahl am 9. Juni 2009 stimmten 229.464 Bürger für die Piratenpartei Deutschland, das waren 0,9% aller abgegebenen Stimmen. Bei der Landtagswahl in Sachsen am 30. August 2009 waren es bereits 1,9% und bei der am gleichen Tag abgehaltenen Kommunalwahl in Münster in den 18 Bezirken, in denen die Piratenpartei angetreten war, über 2,8% der Stimmen. In Aachen erreichten die Piraten in den beworbenen Bezirken sogar durchweg zwischen 6,7% und 9,7%. In sieben der acht Bezirke, in denen man die Piratenpartei wählen konnte, erhielten die Piraten dabei mehr Stimmen als die FDP.

Seit der Europawahl hat sich die Mitgliederzahl der Piratenpartei auf über 8.700 vervielfacht. Erklärtes Ziel der Piratenpartei für die bevorstehende Bundestagswahl ist der erstmalige Einzug in den deutschen Bundestag.

Mehr Informationen zur Piratenpartei finden Sie im Internet unter www.piratenpartei.de.

Ansprechpartner für Rückfragen:

Wolfgang Dudda, Pressesprecher der Piratenpartei Schleswig-Holstein
Email: presse@piratenpartei-sh.de

Tel.: 0171 / 78 52 274

Fax: 0431 / 363 061 000